

Wir machen Politik für ein solidarisches Land

von Andrea Nahles

Die SPD hat sich in einem Mitgliedervotum mit breiter Mehrheit dazu entschlossen, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Vorausgegangen waren ausführliche Diskussionen und intensive Verhandlungen mit unseren heutigen Koalitionspartnern. Auslöser war die Tatsache, dass die anderen Parteien nicht in der Lage waren, im Interesse unseres Landes zusammenzuarbeiten. Bedingung für den Eintritt der SPD in eine große Koalition war, dass die neue Regierung einen klaren politischen Kurs verfolgt: Für einen neuen Aufbruch in Europa. Für eine neue Dynamik in Deutschland. Für einen neuen Zusammenhalt in unserem Land. Diesen Kurs haben wir mit einer Vielzahl konkreter Maßnahmen unterlegt. Und wir erwarten, dass diese konsequent umgesetzt werden. Denn nur mit dieser sozialdemokratischen Politik werden die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt des Regierungshandelns gestellt.

Wenn wir jetzt nach etwas über sechs Monaten eine erste Bilanz der Regierungsarbeit ziehen, ergibt sich ein gemischtes Bild. Der Koalitionsvertrag wird umgesetzt. Regierung und Parlament haben gerade in den letzten Wochen wichtige Vorhaben des Koalitionsvertrages diskutiert und teilweise bereits im Parlament abschließend beraten. In kürzester Zeit wurden die Eine-für-Alle Klage, die Rückkehr zur hälftigen Finanzierung in der Krankenversicherung und die Brückenteilzeit mit der Mehrheit der Koalition im Bundestag beschlossen. Auch der soziale Arbeitsmarkt, die Sicherung des Rentenniveaus, die Stärkung der Pflege, das Gute-Kita-Gesetz, das Qualifizierungschancengesetz, die Erhöhung des Kindergeldes oder das Mietrechtstärkungsgesetz befinden sich bereits in den parlamentarischen Beratungen. Das zeigt: Sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land prägt die Tagesordnung des Deutschen Bundestages. So soll es sein.

Das Bild der Bundesregierung wird aber nicht von diesen Vorhaben bestimmt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die inhaltlichen und personellen Konflikte bei CDU und CSU die Arbeit der Regierung – und auch die der SPD - in der Öffentlichkeit oftmals überlagert haben. Insbesondere das Verhalten der CSU hat bis in die jüngere Vergangenheit zu einer unnötigen Eskalation in Fragen geführt, die man auch anders hätte lösen können und müssen. Das ist umso problematischer als es ohnehin Zeit braucht, bis die beschlossenen Veränderungen tatsächlich bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Die Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung für Millionen von Versicherten wird auf Millionen von Gehaltszetteln zu sehen sein. Aber erst in zwei Monaten. Die Erhöhung des Kindergeldes kommt Mitte 2019. Sozialdemokratische Politik wird das Leben vieler Menschen schon bald ganz konkret verbessern.

Wir erwarten von der Union, dass sie ihre inhaltlichen und personellen Konflikte schnell löst und zwar in einer Weise, dass die Regierungsarbeit dabei nicht belastet wird. Diese Koalitionsregierung wird nur erfolgreich sein, wenn jetzt die Arbeit an den vereinbarten Zielen im Vordergrund steht. Die SPD steht zur Regierung, aber das Regieren muss auch im Vordergrund stehen.

Darüber hinaus muss der programmatische Erneuerungsprozess der SPD mit Richtungsentscheidungen in zentralen Politikfeldern beschleunigt werden.

I. Anforderungen an die Arbeit der Bundesregierung

Die SPD hat mit ihren Koalitionspartnern vereinbart, dass im Jahr 2019 eine Bestandsaufnahme der Regierungsarbeit erfolgen soll: Wurden die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt? Oder müssen aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden?

Wir wollen, dass die Koalition einen präzisen Arbeitsplan aufstellt, was bis zu dieser **Bestandsaufnahme** erledigt sein soll. Wir erwarten, dass in zentralen Politikfeldern wesentliche Vorhaben des Koalitionsvertrages bis zur Bestandsaufnahme beschlossen oder auf den gesetzgeberischen Weg gebracht werden.

Folgende Ziele müssen erreicht werden:

1. Wir wollen die Situation von Familien mit Kindern verbessern, damit jedes Kind einen guten Start ins Leben bekommt.

Das **Gute-Kita-Gesetz** wollen wir noch in diesem Jahr verabschieden, um die Qualität der Betreuung zu verbessern und Freiräume für mehr Gebührenfreiheit zu schaffen, damit alle Kinder ähnliche Startchancen haben.

Das **Familienentlastungsgesetz** wollen wir noch in diesem Jahr beschließen, um mehr finanziellen Spielraum für Familien zu schaffen.

Das **Familienstärkungsgesetz** wollen wir bis zur Sommerpause 2019 beschließen, um Kindern aus Familien mit geringen Einkommen zu helfen.

2. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken und die Pflege besser finanzieren, damit sich alle auf ein würdevolles Leben im Alter verlassen können.

Die **Grundrente** wollen wir vor der Sommerpause 2019 im Kabinett beschließen. Damit jeder, der ein Leben lang gearbeitet hat, im Alter mehr hat als Grundsicherung.

Das **Pflegepersonalstärkungsgesetz** wollen wir ebenfalls bis zur Sommerpause 2019 im Kabinett beschließen. So verbessern wir die Bedingungen für die Beschäftigten in der Pflege durch mehr Personal, bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.

3. Neue Chancen, mehr Schutz und mehr Solidarität auf dem Arbeitsmarkt schaffen, damit Leistung sich für jeden lohnt.

Das **Qualifizierungschancengesetz** wollen wir noch in diesem Jahr im Bundestag verabschieden, um das Recht auf Weiterbildung zu stärken, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf die Veränderungen am Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung einstellen können.

Das Gesetz zum **Sozialen Arbeitsmarkt** wollen wir noch 2019 in Kraft treten lassen, um neue Chancen für Menschen, die bereits lange ohne Beschäftigung waren, zu schaffen.

Die massive Einschränkung der **sachgrundlosen Befristung** und von Kettenbefristungen wollen wir bis zur Sommerpause 2019 im Kabinett beschließen.

Die Einführung einer **Mindestausbildungsvergütung** im Berufsbildungsgesetz wollen wir bis zum 1. August 2019 beschließen.

4. Die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken, weil Wohnen für jeden bezahlbar bleiben muss.

Wir haben vereinbart, dass auch der Bund in den **sozialen Wohnungsbau** investieren soll. Wir wollen dadurch mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes soll noch in diesem Jahr im Bundestag beschlossen werden.

Und wir erwarten, dass nun nicht nur die Vereinbarung des Koalitionsvertrages zum Mieterschutz im Bundestag beschlossen wird, sondern dass auch die neuen **Verabredungen des Wohngipfels** jetzt zügig mit einem Zeitplan zur Umsetzung versehen werden.

5. Wir müssen den Klimaschutz und den damit verbundenen Strukturwandel zu einem Gewinn für Mensch, Wirtschaft und Umwelt machen.

Wir müssen die Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ wie vorgesehen schnell zu einem Abschluss bringen. Wir wollen den Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung. Dabei steht für uns im Vordergrund, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Braunkohlerevieren eine **klare Zukunftsperspektive** haben. Wir erwarten, dass im Jahr 2019 alle Teile der Bundesregierung an der Erarbeitung eines ambitionierten und umsetzbaren Klimaschutzgesetzes für die verschiedenen Sektoren (Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft etc.) mitarbeiten.

6. Die Bestandsaufnahme fest im Blick

Für die SPD ist die im Koalitionsvertrag vereinbarte **Bestandsaufnahme** der bisherigen Regierungsarbeit im Jahr 2019 wichtig. Wir werden sie in der Partei und der Fraktion sehr genau nehmen. Noch in diesem Jahr wollen wir innerhalb der Koalition dafür einen klaren Fahrplan verabreden.

Bis zur Halbzeitbilanz werden wir unsere Gestaltungsmöglichkeiten in der Bundesregierung nutzen, um diese Regierung zu einer erfolgreichen zu machen.

II. Die Erneuerung der SPD beschleunigen.

Die SPD ist mit dem Anspruch in die Koalition eingetreten, trotz Regierungsbeteiligung mit einem eigenständigen Profil und neuen Ideen sichtbar zu werden. Hierauf soll der Schwerpunkt der Parteiarbeit in den kommenden Wochen liegen.

Wir müssen die programmatische Weiterentwicklung unserer Partei vorantreiben, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen wofür die SPD steht. Wir müssen jetzt deutlich machen, was die Vorstellungen der SPD über die Arbeit dieser Regierung hinaus sind.

Bis zur Klausur des Parteivorstands Anfang des kommenden Jahres müssen wir für die SPD in einigen zentralen programmatischen Fragen Klarheit schaffen. Die nachlassende Überzeugungskraft sozialdemokratischer Politik überall in Europa hat nämlich vor allen Dingen eine Ursache: Die sozialdemokratischen Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit gehen noch nicht weit genug. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Sozialdemokratie, dass sie mit der Kraft der Demokratie den Wandel solidarisch und gerecht gestaltet. Wenn ein solches Angebot im politischen Raum fehlt, passiert genau das was wir zurzeit erleben: Einzelne Staaten, soziale Gruppen und Einzelpersonen suchen ihr Glück in Ermangelung von Alternativen auf eigene Faust. Das heißt dann Nationalismus, Identitätspolitik oder Egoismus.

Die Sozialdemokratie muss daher im kommenden Jahr insbesondere in folgenden Bereichen grundsätzliche Richtungsentscheidungen treffen und diese programmatisch untermauern. Es geht um die Investitionspolitik des Staates, die Gestaltung der sozialen Sicherheit, den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie die europäische Dimension der Politik. Wir müssen an diesen Stellen für die SPD weitreichende politische Richtungsentscheidungen treffen, um die Kontrolle über die Veränderungen und damit auch die Kontrolle im Alltag wieder zurückzugewinnen zu können.

Die Richtungsentscheidungen gehen aber über das aktuelle Regierungshandeln hinaus. Denn wir verharren nicht im Korsett der Großen Koalition. Wir haben viele weitere Ideen für die Zukunft unseres Landes und sehen dafür perspektivisch auch neue gesellschaftliche Mehrheiten. Die SPD wird beides schaffen: Gut regieren und Partei für die Zukunft sein. Verantwortung heißt, diese Chance nicht zu vergeben.

1. Verstetigung und Finanzierung von Investitionen - Für einen handlungsfähigen Staat

Die erste große Richtungsentscheidung vor der die SPD steht ist die Investitionspolitik. Wir haben sowohl in Europa als auch in Deutschland Regeln zur Begrenzung der Verschuldung festgelegt an die wir uns auch halten wollen. Damit sichern wir die Stabilität der öffentlichen Finanzen auch für die nachfolgenden Generationen. Wir haben die öffentlichen Investitionen auf ein Rekordniveau angehoben. Gleichzeitig haben wir in Deutschland einen gigantischen Investitionsstau. Man spürt ihn nicht nur in den Kommunen, Städten und Regionen, sondern auch in unseren Bildungseinrichtungen, Behörden, öffentlichen Gebäuden oder Verkehrswegen. Der Investitionsstau ist vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels besonders dramatisch. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Regionen in Deutschland eine gute

wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben werden. Dafür sind auf hohem Niveau verstetigte öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung, die regionale Infrastruktur und Institutionen der entscheidende Hebel.

Unserer Politik fehlt die Durchschlagskraft, wenn wir in der Investitionspolitik nicht zu einer grundsätzlich anderen Ausrichtung kommen. Wir müssen deshalb die Investitionen des Staates weiter erhöhen und verstetigen. Die Verstetigung der Investitionstätigkeit ist die wichtigste Herausforderung. Dafür müssen wir auch an der Einnahmehasis des Staates ansetzen. Sehr hohe Einkommen und Erbschaften müssen über das bisherige Maß hinaus an der Finanzierung dieser Aufgabe beteiligt werden. Auch die Digitalkonzerne müssen gerecht zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Die Strukturpolitik der Europäischen Union muss ausgebaut werden. Die Planungskapazitäten müssen ausgebaut und Planungsverfahren beschleunigt werden. Wir brauchen eine Investitionspolitik von bislang nicht gekannter Qualität und Güte. Ziel der SPD ist, dass Investitionen des Staates spürbar die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland verbessern, die Schere zwischen arm und reich schließen und neue Perspektiven eröffnen. So sichern wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

2. Neuausrichtung der Sozialpolitik - Mehr soziale Sicherheit im digitalen Kapitalismus

Die zweite Richtungsentscheidung, die die SPD zu treffen hat, berührt die Frage der sozialen Sicherung. Im Rahmen der Agenda 2010 wurden die Ansprüche an die Sozialversicherungen reduziert, um das Element der privaten Vorsorge ergänzt und die Grundsicherung wurde auf möglichst schnelle Überwindung der Hilfebedürftigkeit ausgerichtet. Diese Ausrichtung spiegelt nicht mehr die Anforderungen der heutigen Zeit wieder und hat sich als unzureichend erwiesen. Während die sozialen Sicherungssysteme zwar Enormes leisten und sich gerade in der Finanzkrise und der Niedrigzinsphase bewährt haben, werden die Arbeits- und Lebensleistungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Selbständiger nur unzureichend erfasst und abgesichert. Das betrifft auch die zunehmenden Zeitguthaben und nicht erfassten Überstunden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein zentrales Element einer selbstbestimmten Gestaltung des Erwerbslebens und des Übergangs in den Ruhestand werden könnten. Zu viele Bürgerinnen und Bürger sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen, zum Teil für viele Jahre, darunter auch zwei Millionen Kinder und Jugendliche. Dafür sind die Leistungen aber nicht konzipiert. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die knapp über der Grundsicherung verdienen, gibt es zu wenig Instrumente, um ihre Einkommenssituation zu verbessern oder ausreichend Sicherungsansprüche zu erwerben. Die SPD muss dem Sozialstaat der Zukunft eine neue Grundausrichtung geben: Er muss alle einbeziehen. Er muss Armut verhindern, die individuelle Arbeits- und Lebensleistung absichern, Benachteiligungen ausgleichen und Chancen eröffnen, insbesondere indem er Qualifizierungszeiten in Ausbildung, Studium und Weiterbildung finanziell absichert. Die Prämissen der Agenda 2010 hat die SPD schon lange hinter sich gelassen, das zeigen die vielen sozialpolitischen Reformen der vergangenen Jahre. Ein neues Leitbild des Sozialstaats ist daraus aber noch nicht erwachsen. Anders als der Sozialstaat heutiger Prägung müsste der Sozialstaat der Zukunft den Bürgerinnen und Bürgern die Sicherheit geben, die sie brauchen, um sich auf die vielfältigen Herausforderungen des beruflichen und privaten Lebens mit Optimismus und ohne Zukunftsangst einlassen zu können. Diese grundsätzliche Neuausrichtung der Sozialpolitik werden wir unter der Überschrift „Sozialstaat 2025“ im kommenden Jahr erarbeiten und auf dem Bundesparteitag 2019 beschließen. Die grundsätzliche Ausrichtung soll auf der Klausurtagung Anfang 2019 festgelegt werden.

3. Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen - Klimaschutz als soziale Frage

Die dritte Richtungsentscheidung betrifft die Gestaltung der ökologischen Transformation unserer Industriegesellschaft. Es geht nicht darum ob wir die Klimaschutzziele 2030 und 2050 erreichen wollen, sondern wie wir das tun. Auf der einen Seite erfordert der Klimaschutz Maßnahmen, die die Arbeits- und Lebensweise vieler Menschen verändern, was sie verunsichert. Auf der anderen Seite haben die Folgen des Klimawandels und der ökologischen Zerstörung eine soziale Dimension erreicht, die ohne weiteres mit der Ausbeutung der Menschen in der Frühphase des Kapitalismus vergleichbar ist. In beiden Fällen sind vom Klimawandel insbesondere die Menschen besonders hart getroffen, die die Konsequenzen nicht aus eigener Kraft bewältigen können – national und international. Soziale Gerechtigkeit ist daher nur noch denkbar, wenn Arbeit und Umwelt zusammen gedacht werden. Was schnell gesagt ist, erfordert in der politischen Praxis ein hohes Maß an Weitsichtigkeit und Stringenz. Tagtäglich bestimmen heute Themen die politische Tagesordnung, die von dieser Frage geprägt sind. Das von der SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzte Klimaschutzgesetz, mit dem wir uns im kommenden Jahr beschäftigen werden, wird viele dieser Fragen auf den Punkt bringen. Der SPD muss es dabei gelingen, Kernbegriffe wie soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Wohlstand auch aus der ökologischen Perspektive zu definieren und in konkrete Politik umzusetzen.

4. Starkes Europa - Konsequenter europäisch handeln

Die vierte Richtungsentscheidung besteht in der konsequent europäischen Ausrichtung der Politik. Ohne eine handlungsfähige Europäische Union und ohne eine regelbasierte internationale Weltordnung werden die westlichen Demokratien ihren Gestaltungsanspruch nicht einlösen können. Das gilt für wirtschaftliche, ökologische und soziale Fragen, das gilt selbstverständlich auch für die Migrationsfragen. Das gilt für die Sicherung des Friedens. Europa kommt nicht weiter, wenn am Ende die Dinge nur aus der nationalen Perspektive betrachtet werden. Deswegen muss die SPD die Partei sein, die nationale Denkschablonen ablegt und in zentralen Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wie auch der Außen- und Sicherheitspolitik europäisch handelt – und damit nationale Autonomie und Souveränität sichert. Es geht dabei um die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Politik und europäische Kompetenzen. Wir werden unsere Aufstellung zur Europawahl 2019 nutzen, um in diesen Fragen über die bisherigen Festlegungen von Regierung und Partei hinaus eine klare Richtungsentscheidung zu treffen.